

An
die Duisburger Lokalredaktionen

Duisburg, den 16.05.2023

Pressemitteilung: JUDU fordert Sachstandsbericht bezüglich Zuwanderung von Süd-Ost-Europa!

Duisburg. Duisburg gehörte in der letzten Dekade zu den deutschen Kommunen mit der (gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl) größten Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Die JUDU-Fraktion hat heute eine Anfrage im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit gestellt, um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa zu erhalten. Ziel sei es, Transparenz über die Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit dieser Thematik zu schaffen. „Laut dem Kriminalitätsbericht des Polizeipräsidiums Duisburg für das Jahr 2022 bilden Personen mit rumänischer Staatsangehörigkeit seit 2014 die größte Gruppe der nichtdeutschen Tatverdächtigen. Auch die Anzahl der Tatverdächtigen aus Bulgarien hat sich laut der Kriminalstatistik im Vergleich zum Jahr 2014 verdoppelt. Es ist daher von großer Bedeutung, dass wir einen umfassenden Überblick über die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa erhalten. Nur auf dieser Grundlage können wir adäquate Lösungsansätze entwickeln, um die Aufgabe der Integration zu bewältigen und zu fördern“, betont der Vorsitzende der Junges Duisburg-Fraktion, Oliver Beltermann (39).

Im Jahr 2012 hatte der Rat der Stadt ein Handlungskonzept zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Süd-Ost-Europa beschlossen. Hierzu wurde in den folgenden Jahren ein Sachstandsbericht zur Umsetzung dieses Konzepts vorgelegt. Der Bericht lieferte u.a. wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die Gesundheitssituation der Zugewanderten oder auch die Integrationsmöglichkeiten. „Der letzte Sachstandsbericht stammt aus dem Jahr 2015! Angesichts der hohen Zahl an Einwanderern aus Süd-Ost-Europa müssen wir einen genauen Überblick über die Auswirkungen der Zuwanderung auf unsere Stadt erhalten, um gezielte Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen einzuleiten“, so der Fraktionsvorsitzende abschließend.